



Antrag

der Abgeordneten **Joachim Unterländer, Dr. Florian Herrmann, Ingrid Heckner, Josef Zellmeier, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Judith Gerlach, Max Gibis, Florian Hölzl, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Kerstin Schreyer, Peter Tomaschko, Steffen Vogel CSU**

Keine Extremisten zu Vormündern bestellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag schriftlich über die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) in Bayern, deren Strukturen und Aktionen zu berichten.

Hierbei soll auch auf ihre Erkenntnisse über die Kampagne „Jetzt Flüchtlingsvormund werden“ eingegangen werden, welche Maßnahmen dagegen ergriffen worden sind und zukünftig ergriffen werden können, um zu verhindern, dass in Bayern Personen mit extremistischem Hintergrund zum Vormund bestellt werden.

Begründung:

Über das Internet streut die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) derzeit die Kampagne „Jetzt Flüchtlingsvormund werden“.

Bei der Bestellung von Einzelvormündern wirkt das Familiengericht mit dem Jugendamt zusammen. Das Jugendamt prüft dabei die Eignung eines Einzelvormunds (vgl. § 53 des Sozialgesetzbuchs Aachtes Buch – SGB VIII). Das Landesjugendamt hat die bayerischen Jugendämter auf die Bestrebungen der IBD bereits vorsorglich hingewiesen.

Die Situation erfordert jedoch eine kontinuierliche Beobachtung der Lage. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, dem Landtag über neue Erkenntnisse schriftlich zu berichten.